



Friedrich Ostendorff
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Agrarpolitik



Harald Ebner
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik

Öko: je mehr, desto besser

Ökolandbau zum Wohle von Menschen, Tieren und Umwelt

Der Ökolandbau leistet durch sein schonendes Wirtschaften einen großen Beitrag zur Erzeugung hochwertiger Lebensmittel und zum Schutz von Umwelt und Natur. Durch die artgerechte, standortangepasste Tierhaltung, einen ausgeprägten Betriebskreislauf und den Verzicht auf Pestizide und synthetische Dünger entspricht der Ökolandbau den höchsten Ansprüchen nachhaltiger Landnutzung und fördert nachweislich die Biodiversität. Wir möchten dem bäuerlichen Ökolandbau in Deutschland den Rücken stärken und für eine erfolgreiche Weiterentwicklung in den nächsten Jahren sorgen.

Damit meinen wir bäuerliche, selbstständige Betriebe, die mit ihrer Vielseitigkeit ein Gewinn sind für die ländlichen Räume und Arbeitsplätze und Wertschöpfung generieren. Wenn wir die immer noch aktuelle Zielmarke von 20 Prozent Ökolandbau in den nächsten zehn Jahren überhaupt erreichen wollen, brauchen wir eine Politik, die den Ökolandbau und die Öko-Lebensmittelwirtschaft überall dort konsequent unterstützt, wo es um die zukunftsfähige Gestaltung der Land- und Lebensmittelwirtschaft geht. Denn verlässliche Leitplanken sind zwingend notwendig, damit Bäuerinnen und Bauern die ökologische Bewirtschaftung fortzusetzen, und damit interessierte Landwirte eine Umstellung in Betracht ziehen.

Unser Ziel bleibt: Mehr Ökolandbau für vielfältige ländliche Räume, nachhaltigen Umgang mit Umwelt und Natur, angemessene Wertschöpfung und artgerechte Tierhaltung. Das schließt ein, den Ökolandbau und die Ökolebensmittelwirtschaft bei einer Vielzahl von Prozessen wie der Nachhaltigkeitsstrategie, der Forschungs- und Bildungspolitik, dem Klimaschutzplan 2050 und bei der Gestaltung der EU-Agrarpolitik mitzudenken und ressortübergreifend Maßnahmen zu definieren, wie sie gefördert werden können.

1. Kreislaufwirtschaft unterstützen, nicht verhindern

Im Ökolandbau stellen Festmist und Gülle zusammen mit dem Anbau von Stickstoffbindenden Pflanzen die einzige Grundlage für Nährstoffzufuhr auf den Acker dar. Die Lagerung und Ausbringung von Festmist ist daher essentiell für einen funktionierenden Betriebskreislauf und darf nicht aus fachlicher Unkenntnis beschränkt werden. Hier muss sich der Landwirtschaftsminister für eine sinnvolle Gestaltung der Dünge-Verordnung einsetzen, die die Verursacher der verunreinigten Grundwasser in die Pflicht nimmt, statt kosmetische Verbesserungen auf dem Rücken ökologischer Landwirte vorzunehmen.

2. EU-Öko-Verordnung verbessern

Verhandlungsrunde um Verhandlungsrunde ziehen ins Land, doch inhaltlich geht es bei der Revision der EU-Öko-Verordnung kaum voran. Bei den Betrieben steigt die Unsicherheit, Investitionen werden aufgeschoben. Wir fordern Minister Schmidt auf, sich im Sinne der Ökobauern und –verarbeiter bei der EU-Kommission für eine Verordnung einsetzen, die die Erzeugung stützt und nicht behindert. Das heißt insbesondere, dass keine spezifischen Grenzwerte für Öko-Lebensmittel eingeführt werden und es auch bei der Kontrolle der Prozessqualität bleibt. Denn nicht nur die Produkte sind hervorragend, vor allem der Anbau fördert die Bodenfruchtbarkeit, trägt zum Grundwasserschutz bei, führt zu einer Reduktion klimarelevanter Emissionen und wirtschaftet im Vergleich zum konventionellen Landbau energiesparender. Diese Prozessorientierung darf nicht aufgegeben werden.

Damit auch Bäuerinnen und Bauern in Drittländern faire Bedingungen des Wirtschaftens ermöglicht werden, brauchen wir angemessene Sicherungsregeln für den Import von Öko-Rohstoffen und Produkten, statt bürokratischer Hürden. Es muss ein verlässlicher Rahmen geschaffen werden, in dem sich die Öko-Land- und Lebensmittelwirtschaft zu unser aller Nutzen weiter entwickeln kann.

3. Lebensmitteleinzelhandel muss verantwortlich handeln

Die Nachfrage nach Bio-Produkten ist ungebremst. Nichts ist naheliegender, als den Bedarf möglichst umfassend mit heimischen Produkten zu decken. Dafür müssen die Erzeugerpreise auf einem auskömmlichen Niveau bleiben. Wir fordern den Lebensmitteleinzelhandel auf, bei Preisverhandlungen verantwortlich zu agieren und die heimischen Ökoerzeuger und –verarbeiter faire Preise zuzugestehen. Es kann in niemandes Interesse sein, auch im Bio-Bereich eine Dumping-Spirale nach unten zu starten. Bioqualität und Preisschlacht geht nicht zusammen. Gerade die ökologischen Milcherzeuger stehen unter Druck und müssen vor dem unsäglichen Preisverfall der konventionellen Kolleginnen und Kollegen bewahrt werden. Vorhandene Strukturen der artgerechten Milcherzeugung gibt es momentan im Bio-Bereich noch häufiger – diese

dürfen jetzt nicht derselben Rationalisierungslogik, die schon im konventionellen Bereich weder für die Betriebe noch die Tiere funktioniert hat, ausgesetzt werden.

4. Kein Einsatz von Gentechnik

Die Rechtslage erlaubt kein pauschales Gentechnik-Verbot, sondern erfordert für jede zugelassene Pflanze einzelne Verbotsverfahren und Begründungen. Es ist wichtig, dass endlich ein handfestes, bundesweites Gesetz gegen GVO-Anbau zustande kommt. Dabei muss vorrangig der Bund in die Verantwortung genommen werden. Genau dies fordern wir von Landwirtschaftsminister Schmidt. Die überwiegende Mehrheit der Menschen möchte keine Gentechnik in ihrem Essen. Nur ein schnelles und klares Gentechnik-Gesetz ohne Hintertüren schützt die Erzeuger, Verarbeiter und Händler, die ohne GVO arbeiten wollen.

5. Leistungen am Gemeingut honorieren

Deutschland muss die Möglichkeit, auf nationaler Ebene 15 Prozent der Direktzahlungen in die zweite Säule zu verschieben, nutzen, damit die Länder ausreichend Finanzmittel zur Förderung des ökologischen Landbaus haben. Dann können die Landesfördermittel für Umstellungs- oder Beibehaltungsprämien auf ein angemessenes Level angehoben und verstetigt werden. Der ökologische Landbau verursacht drastisch geringere Kosten als andere Landnutzungssysteme, seine Leistungen müssen angemessen honoriert werden. Bäuerinnen und Bauern brauchen langfristige Zusagen zur Betriebsentwicklung. Im Rahmen der Förderung des ländlichen Raumes muss auch sehr viel stärker die Möglichkeit eröffnet werden, regionale und ökologische Verarbeitungsstrukturen zu erhalten und auszubauen.

6. Bundesmittel gezielt einsetzen

Ein erster Schritt zur gezielten Unterstützung der Ökologischen Land- und Lebensmittelwirtschaft muss sein, das Bundesprogramm Ökolandbau wieder komplett dem Ökologischen Landbau zu widmen, und es ausreichend finanziell auszustatten. Eine Aufstockung auf 60 Millionen € statt der bisherigen 17 Millionen fordert inzwischen auch der DBV. Dies könnte in den anstehenden Haushaltsverhandlungen schon einfach umgesetzt werden. Auch die Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau bleibt ein Papiertiger, wenn sie nicht mit Finanzmitteln hinterlegt wird. Eine Berücksichtigung des Öko-Sektors fordern wir auch über alle Forschungsprogramme hinweg eine, bspw. im Nationalen Aktionsplan Pflanzenschutz die Förderung nicht-chemischen Pflanzenschutzes, die Förderung ökologischer Lebensmittelherstellung im Rahmen der Innovationsprogramme, und die Unterstützung ökologischer Züchtung.